

können, daß die Vorschläge der Genossen der Notenbank Dresden trotz eines Bürobeschlusses vom Dezember 1954 erst am 10. Oktober 1955 im Büro erörtert wurden. In dieser Bürositzung empfahl Genosse Hutzky, die Vorschläge lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Der Initiative des 2. Sekretärs, Genossen Reuter, ist es zu verdanken, daß es zu wichtigen Beschlüssen und zu einer Empfehlung für die Kreisleitungen kam, solche Berichterstattungen der Notenbank regelmäßig entgegenzunehmen.

Welch enger Zusammenhang zwischen den ökonomischen und politischen Fragen besteht, zeigt sich unter anderem an folgendem Beispiel: Während an vielen Stellen die Konsumgenossenschaftsverbände für das Jahr 1954 zwei bis drei Prozent Warenrückvergütung zahlen, beträgt dieser Prozentsatz in Berlin infolge vorhandener Mängel in der Handelstätigkeit, die unter anderem zur ungenügenden Rentabilität führten, nur 1,33 Prozent. Die Bank hat mehrere Male, wenn auch oft zu zaghaft und inkonsequent, auf die Mängel und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung hingewiesen. Hätten die verantwortlichen Funktionäre der Konsumgenossenschaft Berlin rechtzeitig auf die sich aus der Kontrolle durch die Mark ergebenden Signale reagiert, so hätte dies bei entsprechender aktiver Mitwirkung der im genossenschaftlichen Handel tätigen Mitarbeiter und aller Genossenschaftsmitglieder zu einem besseren Ergebnis führen können. Dann wäre die jetzt notwendige Diskussion mit der Bevölkerung über diese Frage erspart geblieben.

Die Kreisleitung Öschersleben erkannte sofort die Wichtigkeit der Kontrollergebnisse für die politische Führung.

Ein gutes Beispiel in der Zusammenarbeit mit Genossen der Notenbank geben die Genossen der Kreisleitung Öschersleben. Seit Jahren besteht eine gute Verbindung zwischen den Genossen der Kreisleitung und den Genossen von der Niederlassung der Deutschen Notenbank. Der 2. Sekretär der Kreisleitung äußerte sich nach einer Beratung über eine sich aus den Kontrollergebnissen ergebende Beschlußvorlage für das Büro etwa wie folgt: „Das hat Hand und Fuß. Da haben wir doch einen ‚Hebel‘, um in unserem Kreisgebiet noch bestehende ökonomische Fehlerquellen zu beseitigen.“⁴⁴ In der Diskussion im Büro der Kreisleitung erläuterte Genosse Fieberling von der Notenbank ausführlich die ökonomische Lage und die notwendigen Maßnahmen. Das Büro erteilte daraufhin dem Genossen Vorsitzenden des Rates des Kreises den Auftrag, die Vorschläge der Notenbank dem Rat zur Beschlußfassung vorzulegen.

Aufgrund der weiteren Beschlüsse wurden die Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen der wichtigsten Betriebe über Fragen des Lohnfonds angeleitet. Dabei wurde ihnen erläutert, warum es erforderlich ist, den Lohnfonds nur entsprechend dem Stand der Produktionsplanerfüllung in Anspruch zu nehmen und welche Rolle hierbei die Beseitigung von Stillstandszeiten, die Frage der Normen usw. spielen.

Die Abteilung Agitation und Propaganda der Kreisleitung organisierte für die Parteisekretäre ein Seminar über das Thema: Ausnutzung der Kontrolle durch die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, das vom Genossen Fieberling geleitet wurde. Diese Beratung mit den Genossen der Betriebsparteiorganisationen war eine praktische Anleitung zur Ausübung ihres Kontrollrechts gemäß Punkt 70 des Parteistatuts, einer entscheidenden Voraussetzung für die Parteiorganisation im Betrieb, um ihrer politischen Verantwortlichkeit bei der Lösung